

A stylized map of Tunisia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

Tunesien nach den Parlamentswahlen

Auf dem Weg zu einer neuen Republik?

THOMAS CLAES UND RICHARD PROBST

November 2014

- Tunesien, das Land, auf dem nun alle Hoffnungen des arabischen Frühlings ruhen, erlebt derzeit einen regelrechten Wahlmarathon. Am 26. Oktober fanden in einem überwiegend ruhigen und störungsfreien Klima die Parlamentswahlen statt. Die nächsten Etappen folgen schon in kurzen Abständen: Am 23. November wird die erste Runde der Präsidentschaftswahlen abgehalten, aller Voraussicht nach gefolgt von einer Stichwahl am 21. Dezember. Die Schaffung einer neuen demokratischen Republik Tunesien geht damit in die finale Runde.
- Die nationalkonservativ-säkulare Partei *Nidaa Tounes* hat die Wahlen nach ersten Ergebnissen gewonnen und konnte 85 von 217 Mandaten erringen. An zweiter Stelle folgt die konservativ-islamistische *Ennahdha*-Partei, die mit voraussichtlich 69 Sitzen einen gewissen Verlust hinnehmen musste. Sowohl *Nidaa Tounes* als auch *Ennahdha* sind allerdings auf andere Parteien als Koalitionspartner für eine notwendige Regierungsmehrheit angewiesen.
- Die Polarisierung der politischen Landschaft, die Fokussierung der progressiven Wählerschaft auf das Verhindern einer weiteren *Ennahdha*-Regierung und die Zersplitterung des linken und progressiven Parteienspektrums sind zentrale Gründe für das schwache Abschneiden progressiver Parteien.
- Eine mögliche große Koalition würde die weitere Marginalisierung der progressiven Kräfte bedeuten und könnte eine lange politische Durststrecke für das Lager progressiver Parteien in Tunesien einläuten.

Politische Ermüdung und Ernüchterung nach der Verabschiedung der Verfassung

Nach der Verabschiedung der tunesischen Verfassung in der Nacht vom 26. Januar 2014 lagen sich islamistische und säkulare Abgeordnete im Parlament von Tunis freudig in den Armen und ein euphorisches Hupkonzert erschallte in den Straßen von Tunis. Damit war für einen Moment vergessen, welche schwierige Phase hinter Tunesien lag und insbesondere, wie schwer der Weg zur Etablierung der ersten Demokratie in einem arabischen Land noch sein würde. Ab Juli 2013 befand sich Tunesien nach dem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die »Troika-Regierung« in einer politischen Totalblockade. Nach zwei politisch motivierten Morden waren die politische Landschaft und die tunesische Gesellschaft in ein »säkulares« und ein »religiös-islamistisches« Lager gespalten. In dieser Situation war es nur dem Verhandlungsgeschick des Vermittlerquartetts unter der Führung der Zentralgewerkschaft *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) zu verdanken, dass ein nationaler Dialog eine Lösung herbeiführen konnte. Die wichtigsten Etappen dieses Dialogs waren die zügige Verabschiedung der Verfassung, die Bildung einer parteiunabhängigen Regierung, die Verabschiedung des Wahlgesetzes und das Abhalten von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen noch im Jahr 2014. Die Verfassung wurde im Januar 2014 mit großer Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung (ANC) angenommen. Unmittelbar im Anschluss trat die von der konservativ-islamistischen *Ennahdha* geführte Regierung zurück und machte den Weg für eine technokratische Übergangsregierung frei. Nach der Verabschiedung der Verfassung wird nun mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die lange erwartete Bildung einer neuen tunesischen Republik abgeschlossen.

Die neue Regierung unter Premierminister Mehdi Jomaa hatte den Anspruch, mehr zu tun als nur den politischen Übergang zu verwalten. Sie bemühte sich darum, die Sicherheit im Land wiederherzustellen und den außer Kontrolle geratenen Staatshaushalt zu sanieren. Auch bei der Neubelebung des Tourismussektors oder der staatlichen Kontrolle der Moscheen konnten einige Erfolge errungen werden. Dennoch hat sich in weiten Teilen der tunesischen Gesellschaft im Verlauf der vergangenen drei Jahre eine breite Ernüchterung eingestellt. Die sogenannte »Demokratiedividende« ist für viele nur ein ferner Traum geblieben. Anhaltend hohe (Jugend-)

Arbeitslosigkeit und ein niedriges Wirtschaftswachstum (2,7 Prozent im Jahr 2013) prägen noch immer das Bild der tunesischen Wirtschaft. Dies führt bei immer mehr Tunesier_innen zu einer steigenden Politik- und Parteienverdrossenheit.

Diese politische Ermüdung und Ernüchterung wurde im Lauf der vergangenen beiden Jahre durch die ständigen Verzögerungen der Arbeiten der ANC, die im Oktober 2011 mit einem Mandat für ein Jahr gewählt wurde, befördert. Nach den Morden an linken Oppositionspolitikern gipfelte sie in einem regelrechten Vertrauensverlust in alle politischen und staatlichen Institutionen. Dieser Vertrauensverlust, die prekäre wirtschaftliche und soziale Situation sowie die angespannte Sicherheitslage, die durch die fortgesetzten bewaffneten Auseinandersetzungen im Nachbarland Libyen noch verschärft wurde, führten innerhalb weiter Teile der Bevölkerung zum Ruf nach einem starken politischen Führer.

Von der politischen Ernüchterung zum Wahlmarathon 2014

Nach der Phase der politischen Ernüchterung sehen sich die Bürger_innen Tunesiens einem regelrechten Wahlmarathon ausgesetzt. Durch bis zu drei Wahlen innerhalb von drei Monaten sind die Wähler_innen schlicht überfordert. Hinzu kommt, dass in weiten Teilen der tunesischen Wählerschaft auch das Wissen über die neue Verfassung gering ist. Damit ist zu erklären, dass für viele Wähler_innen die Präsidentschaftswahlen am 23. November eine deutlich herausgehobenere Stellung einnehmen, obwohl der Präsident nach der neuen Verfassung längst nicht mehr die zentrale Position im politischen System innehat. Auch in der Medienberichterstattung haben die Präsidentschaftswahlen die Parlamentswahlen schon lange überlagert. Denn bei den Präsidentschaftswahlen stehen sich die führenden Köpfe der verschiedenen Parteien gegenüber und faktisch sind es oft die alten Parteiführer, die den meisten Wähler_innen bekannt sind. Die meisten Parteien haben zu oft Namen und Wahlbündnisse gewechselt, als dass sie eine breite Bekanntheit erlangen konnten.

Die Überforderung der Wähler_innen wurde durch die enorme Anzahl der Kandidat_innen noch einmal gesteigert. So stellten sich bei den Parlamentswahlen circa

15 000 Kandidat_innen auf 1 500 Wahllisten in 27 nationalen Wahlbezirken und sechs Auslandswahlbezirken zur Wahl. Durchschnittlich traten damit pro Wahlbezirk 45 Listen gegeneinander an. Auch Deutschland bildete einen dieser Auslandswahlbezirke; die in Deutschland lebenden Tunesier_innen werden in der fünfjährigen Legislaturperiode mit einem Abgeordneten im Parlament in Tunis vertreten sein.

Um an der Wahl teilzunehmen war es notwendig, in den Wählerlisten registriert zu sein. Etwa 5,3 Millionen Wahlberechtigte waren für diese Wahl registriert. Das sind etwas mehr als bei der vorherigen Wahl. 2011 betrug die tatsächliche Wahlbeteiligung 49,2 Prozent. Nach den Verlautbarungen der Wahlkommission betrug die Wahlbeteiligung 2014 circa 60 Prozent, nach anderen Quellen sogar bis zu 70 Prozent. Beide Werte beziehen sich jedoch auf die eingeschriebenen Wähler_innen. Dies bedeutet, dass von allen wahlberechtigten Tunesier_innen wahrscheinlich nicht mehr als 50 Prozent gewählt haben.

Wie bereits 2011 wurde nach quotiertem Listenwahlrecht abgestimmt. Dabei wird eine Quote errechnet, indem die Anzahl der im Wahlbezirk abgegebenen Stimmen durch die Anzahl der im Wahlbezirk zu vergebenen Sitze dividiert wird. Für jedes vollständige Erreichen dieser Quote wird ein Sitz vergeben. Eine Liste, die diese Quote auch nur um eine Stimme verfehlt, erhält keinen Sitz und sämtliche für sie abgegebenen Stimmen verfallen. Aufgrund dieser Regelung waren bereits 2011 zahlreiche Stimmen verlorengegangen. So hatten bei den Wahlen 2011 etwas mehr als 4 Millionen Tunesier_innen ihre Stimme abgegeben, davon wurden aber nur 2,7 Millionen Stimmen tatsächlich im Parlament repräsentiert. Das bedeutete umgekehrt, dass ein Drittel aller Stimmen, d. h. circa 1,3 Millionen, nicht im Parlament repräsentiert waren. Etwa so viele Wähler_innen hatten 2011 für *Ennahdha* gestimmt.

Das tunesische Wahlgesetz sichert, wie auch schon 2011, einen relativ hohen Frauenanteil im Parlament. Denn auf den Wahllisten müssen abwechselnd männliche und weibliche Kandidat_innen aufgestellt werden. Allerdings sorgt diese Art der »vertikalen Parität« im Zusammenspiel mit dem Listenwahlrecht dafür, dass insbesondere die starken Parteien, d. h. jene, die in einem Wahlbezirk mehr als ein Mandat erringen, einen hohen Frauenanteil im Parlament aufweisen werden. Dahin-

gegen werden kleinere Parteien auch weiterhin von Männern dominiert, da nur wenige Parteien weibliche Spitzenkandidatinnen aufgestellt hatten.

Themen im Wahlkampf

Das beherrschende Thema im überwiegend ruhigen und oft inhaltlich wenig substantiellen Wahlkampf war die wirtschaftliche Entwicklung des postrevolutionären Tunesiens. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, ist mit über 30 Prozent noch immer unverändert hoch. Darüber hinaus haben eine Inflation von jährlich bis zu 5 Prozent und zahlreiche neue Steuern, mit denen der Staat das enorme Defizit bekämpfen möchte, für viele zu einer Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Lage geführt. Ein weiteres zentrales Thema war die öffentliche Sicherheit. Im Grenzgebiet mit Algerien und Libyen operieren seit einigen Jahren verstärkt terroristische Gruppen und Schmugglernetzwerke, deren Bekämpfung sich schwierig darstellt. Noch zwei Tage vor der Wahl hatte es in einem südlichen Vorort von Tunis eine Schießerei zwischen Polizei und Terroristen mit insgesamt sieben Toten gegeben.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Probleme, die dringend politisch gelöst werden müssen, jedoch im Wahlkampf kaum thematisiert wurden. Dazu zählt vor allem die Reform der Polizei, sowie von Innenministerium und Justiz. Diese sind noch immer mit Funktionären der Ben Ali-Zeit durchsetzt. Des Weiteren werden wie zu Zeiten des Regimes wieder Fälle von Folter durch die Polizei dokumentiert. Der Tod von zwei Menschen in Polizeigewahrsam führte Mitte Oktober zu Protesten von Menschenrechtsgruppen. Damit wird deutlich, wie nötig eine umfassende Reform des Sicherheitssektors ist. Auch die Übergangsgerechtigkeit wurde politisch kaum thematisiert, von einer heißen Phase politischer Debatten in der ANC abgesehen, als es um den Ausschluss von ehemaligen Mitgliedern der *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD), der ehemaligen Partei Ben Alis, ging. Die Frage war höchst strittig, weil sie hätte benutzt werden können, um etwa Beji Caid Essebsi, den Präsidentschaftskandidaten von *Nidaa Tounes*, von der Wahl auszuschließen. Letztlich scheiterte der Exklusionsparagraf (Artikel 167 des Wahlgesetzes) an der fehlenden Mehrheit. Wahrscheinlich fürchteten *Ennahdha* und die anderen Parteien den Protest der Gesellschaft, zu dem der Ausschluss populärer Kandidat_innen hätte führen können.

Vote utile – die strategische Stimmabgabe

Frage man in den Tagen vor der tunesischen Parlamentswahl die Menschen in den hauptsächlich von der tunesischen Mittelschicht bewohnten Vororten von Tunis, ob sie bereits wüssten, für welche Partei sie stimmen werden, bekam man vor allem eine Antwort: Man werde die Stimme »nützlich« einsetzen. »Voter utile« schien das Gebot der Stunde zu sein. Die nützliche Stimme sollte die unterstützen, die schon jetzt die besten Chancen haben. Für viele bedeutete dies, die Stimme für die nationalkonservativ-säkulare Partei *Nidaa Tounes* von Beji Caid Essebsi abzugeben. Mit dieser »nützlichen« Stimme sollte vor allem eines verhindert werden: Die erneute Machtübernahme durch die oft als islamistisch bezeichnete *Ennahdha*, deren Versprechungen von Konsens und nationaler Einigung nur wenige Tunesier_innen trauten.

Für *Nidaa Tounes* scheint die Rechnung aufgegangen zu sein. Nach den vorläufigen amtlichen Endergebnissen ist abzusehen, dass *Nidaa Tounes* mit rund 85 Sitzen von 217 stärkste Kraft im neuen Parlament werden wird. Auf dem zweiten Platz folgt *Ennahdha* mit voraussichtlich 69 Sitzen. Auf dem dritten Platz folgt als Überraschungssieger die populistisch-nationalistische *Union Patriotique Libre* (UPL) mit 16 Sitzen. Die UPL ist die Partei des undurchsichtigen Millionärs Slim Riahi, der seit seiner Rückkehr aus Libyen 2011 versucht, in der Politik Fuß zu fassen. Erstaunlich gut abgeschnitten hat mit 15 Sitzen auch das Parteienbündnis *Front Populaire*, eine linke Sammelbewegung aus links-nationalistischen und antikapitalistischen Parteien um ihren charismatischen Führer Hamma Hamami, der nun zum neuen Hoffnungsträger der tunesischen Linken geworden ist. Mit *Afek Tounes* folgt an fünfter Stelle und mit 8 Sitzen eine liberale Partei. Damit befinden sich unter den fünf stärksten Parteien vier mit einer wirtschaftspolitisch neoliberal ausgerichteten Agenda.

Angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse und der Konstellation der Parteien im Parlament ist klar, dass eine Mehrheit im Parlament nicht gegen *Nidaa Tounes* gebildet werden kann. Jenseits ihrer dezidiert säkularen Positionen bleibt die politische Ausrichtung von *Nidaa Tounes* allerdings vage. Während des Wahlkampfes und im Vorfeld hatte sich die Partei um Essebsi stets als sozialdemokratische Partei dargestellt. Angesichts der wirtschaftspolitischen Orientierung ist diese Klassifizierung

aber mehr als fragwürdig. Obwohl innerhalb von *Nidaa Tounes* auch einzelne linke Menschenrechtsaktivisten und Gewerkschafter vertreten sind, besteht der dominante Teil der Partei aus Wirtschaftseliten, Anhängern des ersten Präsidenten Habib Bourguiba und selbst früheren Parteigängern Ben Alis. Welcher der beiden Teile der Partei zukünftig die Ausrichtung der Partei bestimmen wird, bleibt abzuwarten. Aus Angst vor den zu erwartenden Auseinandersetzungen hat *Nidaa Tounes* bislang keinen Parteikongress abgehalten, die innerparteiliche Demokratie ist entsprechend schwach ausgeprägt.

Die tunesische Linke und das alte Dilemma der Zersplitterung

Katastrophale Auswirkungen hatte die »nützliche« Stimmabgabe zugunsten von *Nidaa Tounes* für die verschiedenen säkularen, sozialdemokratischen und linken Parteien. Schon jetzt ist die nachhaltige politische Schwächung des linken Lagers deutlich sichtbar. Denn viele, die sonst einer deutlich progressiveren und demokratischeren Partei als *Nidaa Tounes* ihre Stimme gegeben hätten, haben nun, um eine Mehrheit der *Ennahdha* zu verhindern, für *Nidaa Tounes* gestimmt. Für die sozialdemokratische *Ettakatol* um den Parteivorsitzenden Mustapha Ben Jafaar war zwar nach ihrer Beteiligung an der sogenannten Troika mit größeren Stimmverlusten gerechnet worden. Allerdings war das Ausmaß der Verluste ein politisches Erdbeben: Nach 21 Sitzen für *Ettakatol* bei den Wahlen 2011 stürzte die Partei jäh auf lediglich einen Parlamentssitz ab. Die Beteiligung an einer Regierung mit der *Ennahdha* war *Ettakatol* von vielen Anhängern und Wählern als Verrat an den eigenen Idealen angelastet worden. Auch die durchwachsene politische Bilanz der Troika-Regierung fiel auf *Ettakatol* zurück. Das sozialdemokratische Wahlbündnis *Union pour la Tunisie* (UPT) mit *Al-Massar* (bisher neun Sitze) als größter Partei hat kein einziges Mandat erringen können. Die dem Mitte-Links-Spektrum zuzurechnende *Alliance Democratique* landete mit lediglich einem Sitz ebenfalls weit unter ihren bisherigen zehn Mandaten im Parlament. Eine realistische Machtperspektive besteht nach den Wahlen für keine dieser Parteien.

Die Zersplitterung und persönliche Animositäten haben es den progressiven Parteien vor den Wahlen unmöglich gemacht, sich auf gemeinsame Kandidat_innen oder eine Wahlplattform zu einigen, um im säkularen

Lager eine glaubwürdige Alternative zu *Nidaa Tounes* zu schaffen. Aufgrund derselben persönlichen Konflikte zwischen den Führungsfiguren und dem Machtstreben der Parteiführer war es bereits 2011 unmöglich gewesen, das progressive Lager als ernsthafte Alternative zu *Ennahdha* zu etablieren. Die politische Linke Tunesiens muss aus diesen beiden Wahlen ihre politischen Lehren ziehen. Angesichts der Marginalisierung der progressiven Parteien könnten die Wahlen eine lange politische Durststrecke für das progressive Lager Tunesiens einläuten. Die progressiven Parteien sind gut beraten, die Zeit bis zu den nächsten Wahlen für eine organisatorische, programmatische und personelle Neuaufstellung zu nutzen.

Wie wird die künftige Regierung aussehen?

Viele Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum plädierten bereits vor den Parlamentswahlen für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Im Idealfall unter Beteiligung aller im neuen Parlament vertretenen Parteien. Diese Rufe dürften nach den Parlamentswahlen bei unklaren Mehrheitsverhältnissen wieder lauter werden. Im Fall der Einigung auf einen nationalen Konsens wäre es möglich, dass sich die Parlamentarier erneut für eine technokratische Regierung unter Mehdi Jomaa aussprechen. Auf lange Sicht würde es der tunesischen politischen Landschaft allerdings sicherlich guttun, wenn es eine echte Auseinandersetzung und Debatte um politische Inhalte geben würde. In einer Konsensregierung, so wünschenswert diese für die Stabilität des Landes auch sein mag, steht zu befürchten, dass die wichtigen Entscheidungen von einer kleinen Gruppe der politischen Elite im Stillen ausgehandelt werden. Dies würde die Depolitisierung der tunesischen Bevölkerung und insbesondere der Jugend wahrscheinlich weiter verstärken. Denn deren Probleme und Forderungen würden dann kaum in zufriedenstellender Weise unter den Parteien öffentlich debattiert werden.

Eine andere Option wäre die schon seit langem diskutierte Bildung einer großen Koalition aus *Nidaa Tounes* und *Ennahdha*. Trotz konträrer Aussagen während des Wahlkampfes ist diese Machtoption für beide Parteien nicht unrealistisch. *Nidaa Tounes* würde sie den sicheren Weg an die Macht und eine stabile Regierungsmehrheit sichern. Für *Ennahdha* würde eine solche große Koalition zumindest einen gewissen Machterhalt darstellen. Für

das linke Lager und breite Teile der Zivilgesellschaft stellt dies das denkbar schlechteste Szenario dar. Die Positionierung von *Ennahdha* im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und deren Ausgang werden entscheidend dafür sein, ob eine solche Koalition realistisch ist. Sollte sich *Ennahdha* mit aller Macht gegen den Präsidentschaftskandidaten Essebsi stellen, schwinden die Chancen auf eine solche Zusammenarbeit.


Eine letzte Option wäre, dass *Nidaa Tounes* für die Regierungsbildung mit anderen liberalen Parteien wie etwa UPL und *Afek* koalitiert. Wie stabil eine solche Koalition wäre, ist derzeit kaum abzusehen.

Ausblick: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Für die Präsidentschaftswahlen, die schon seit Wochen die politische Diskussion bestimmen, hatten sich im September über 70 Kandidat_innen registriert. Die Voraussetzung für eine Kandidatur war die Unterstützung von mindestens fünf Abgeordneten der ANC oder mindestens 10000 Unterschriften aus mindestens fünf Regionen. Da diese Voraussetzungen nicht von allen Kandidat_innen erfüllt wurden, wurden nur 27 Kandidat_innen von der unabhängigen Wahlkommission (ISIE) zugelassen. Wer der zugelassenen Kandidat_innen tatsächlich zur Wahl antritt, bleibt abzuwarten. Es ist damit zu rechnen, dass einzelne zugelassene Kandidat_innen ihre Bewerbungen zugunsten anderer Mitbewerber_innen zurückziehen. Selbst das Szenario, dass sich alle progressiven Parteien auf einen Kandidaten einigen, ist angesichts der verheerenden Wahlniederlage nicht auszuschließen.

Unter den zugelassenen Kandidat_innen stehen zwei für die erste Phase der Transition nach 2011. Zum einen ist dies Mustapha Ben Jaafar, Parteichef der sozialdemokratischen Partei *Ettakatol* und amtierender Präsident der verfassungsgebenden Versammlung. Zum anderen Moncef Marzouki, amtierender Präsident Tunesiens und Kandidat der Partei *Congrès pour la République*, die im Vergleich zu 2011 ebenfalls herbe Verluste hinnehmen musste. Beiden wird allerdings die Beteiligung ihrer Parteien an der Troika-Regierung angelastet.

Des Weiteren befinden sich mit Kamel Morjane, Abderrahim Zouari, Mondher Zenaïdi und Mustapha Kamel Nabli Persönlichkeiten unter den Kandidat_innen,



die aus dem Umfeld des alten Regimes oder der RCD stammen und hohe Ämter bekleideten. Neben diesen Kandidat_innen gibt es zudem zahlreiche unabhängige Kandidat_innen, wie die Richterin Kalthoum Kannou, die als einzige Kandidatin ebenfalls dem progressiven Spektrum zuzurechnen sind. Gemäß aktuellen Umfragen kann keiner der progressiven Kandidat_innen aus eigener Kraft die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen erreichen. Sehr hohe Chancen rechnet sich insbesondere Beji Caid Essebsi aus. Essebsi war 2011 Premierminister der Übergangsregierung bis zu den Wahlen zur ANC im Oktober 2011. Zudem war der fast 88-jährige mehrmals Minister unter Präsident Bourguiba, an dessen Herrschaft sich viele Tunesier_innen nun mit einer gewissen Wehmut erinnern. Bourguiba steht neben der nationalen Unabhängigkeit besonders für die Schaffung des modernen und säkularen tunesischen Staates.

Als einzige der größeren Parteien hat sich *Ennahdha* dazu entschlossen, keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Stattdessen verkündete die Parteiführung, man werde einen Konsenskandidaten

auswählen und unterstützen. Welchen Kandidaten *Ennahdha* unterstützen möchte, wird wahrscheinlich erst in den nächsten Wochen verkündet. Dabei handelt es sich zweifellos um ein wahltaktisches Vorgehen, denn ein nominell unabhängiger Präsident von *Ennahdhas* Gnaden wäre ein großes politisches Faustpfand. *Ennahdha* wird versuchen, durch die Unterstützung eines Kandidaten all ihr politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Indem *Ennahdha* mit dem Argument ins Feld zieht, eine Monopolisierung der politischen Macht in den Händen von *Nidaa Tounes* verhindern zu wollen, könnte es ihr zumindest gelingen, einen Gegenkandidaten zu Essebsi in die Stichwahl zu bringen.

Ein großer Teil der politischen Anspannung ist mit den erfolgreichen Parlamentswahlen von Tunesien abgefallen. Zwar werden die Wahlen für das Präsidentenamt noch einmal für Spannung sorgen, doch die positive und friedliche Atmosphäre der Parlamentswahlen hat schon jetzt ein deutliches Zeichen für die tunesische Demokratie gesetzt. Fest steht, dass mit den Parlamentswahlen eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg in eine neue Republik erfolgreich gemeistert wurde.



Über die Autoren

Thomas Claes ist Programmkoordinator in der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien. **Richard Probst** ist Regionalkoordinator für Klima- und Energiepolitik in der Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jordanien und war bis zum Sommer 2014 für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien tätig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-016-3